



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 25. April 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Libyen ist die Hölle, Sklavenhandel, Folter, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Hinrichtungen – all das geschieht in den dortigen Lagern. All das wird von den vor Ort anwesenden UN angeprangert sowie vom Internationalen Roten Kreuz. Und dennoch plant die EU-Kommission, dass die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache noch ausgeweitet wird. Laut EU-Außenbeauftragter Federica Mogherini soll Libyen an das europäische Satelliten-Grenzüberwachungssystem Eurosur angeschlossen werden, Lagezentren für Marine und Seepolizei im Land errichten, die Ausbildung libyscher Grenzschrützer*innen ausgeweitet werden. Interessant ist dabei, dass 42,2 Millionen Euro aus dem EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika finanziert werden sollen, 1,8 Millionen kommen aus dem Fonds für Innere Sicherheit, die italienische Regierung bezuschusst 2,2 Millionen Euro. Mit einer Summe von 46,3 Millionen Euro wird so Not produziert. Dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit einem verbrecherischen Regime Menschen in absolut unmenschlichen und inakzeptablen Lagern halten, für dessen Bedingungen die Worte fehlen, ist ein Skandal, der inzwischen Normalität geworden ist.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-die-hoelle-fuer-fluechtlinge-ein-partner-fuer-die-eu-a-1202364.html> (12.04.18)
- Der Oberste Gerichtshof Griechenlands hat entschieden, dass Geflüchteten in Griechenland nicht die Bewegungsfreiheit untersagt werden dürfe. Geklagt hatte der griechische Flüchtlingsrat. Hintergrund sind die auf den ägäischen Inseln festgehaltenen Geflüchteten, die in überfüllten Lagern wie in Moria auf Lesbos ausharren müssen. Das Urteil gilt allerdings nicht rückwirkend und greift nur für diejenigen, die seit dem 17. April auf den Inseln ankamen. Sie dürfen weiter auf das griechische Festland ziehen. Der Oberste Gerichtshof Griechenlands setzt damit eine Kernkomponente des EU-Türkei-Deals außer Kraft. Der sieht vor, dass alle Ankommenden für die Dauer ihres Asylverfahrens auf den Inseln gehalten werden und bei negativem Ausgang von dort aus in die Türkei abgeschoben werden.
Währenddessen kam es auf Lesbos erneut zu verstärkten Protesten von Geflüchteten gegen die unmenschlichen Unterbringungsbedingungen. Auf dem größten Platz der Inselhauptstadt Mytilini schlugen Geflüchtete ein Protestcamp auf. Dieses wurde nach einigen Tagen von Faschist*innen, darunter Anhänger*innen der Nazi-Partei „Goldene Morgenröte“ angegriffen. Die Eskalation wuchs nach Berichterstattung des *Handesblatts* zur

mehrständigen Straßenschlacht aus. Als die Polizei die Sicherheit der Geflüchteten nicht mehr garantieren konnte, brachte sie die Menschen aus der Stadt, zurück nach Moria.
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-04/griechenland-asylbewerber-bewegungsfreiheit-urteil-gericht> (17.04.18)
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/migration-fluechtlingszahlen-in-griechenland-steigen-wieder-gewaltexzesse-auf-lesbos/21203164.html> (23.04.18)

- Das Schiff Iuventa der Seenotrettungsorganisation „Jugend rettet“ wurde letzten Sommer unter dem Vorwurf „Beihilfe zur illegalen Migration“ beschlagnahmt. Gestern bestätigte das Oberste Gerichts Italiens die Entscheidung. Die Staatsanwaltschaft meint beweisen zu können, dass Crewmitglieder mit Schlepper*innen in Kontakt traten. Jugend Rettet verweist darauf, dass die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Fotos Engine Fisher zeigten, also Menschen, die versuchen, die Motoren der Boote der Geflüchteten zu stehlen.
<https://www.tagesschau.de/ausland/iuventa-125.html> (24.04.18)
- Den UN fehlen bis zum Jahresende 650 Millionen Dollar um Menschen in Syrien und den Nachbarländern zu versorgen. Das bisherige Programm sei bis Mai finanziert.
<http://www.migazin.de/2018/04/24/hilfe-syrien-fluechtlinge-hoffen-bruessel/> (24.04.18)
- Nun hat die israelische Regierung die Abschiebung von etwa 40.000 Menschen vordergründig eritreischer und sudanesischer Staatsbürgerschaft gestoppt. Der Oberste Gerichtshof hatte ihre Abschiebung vorläufig ausgesetzt. Dem voraus gegangen waren weitläufige Proteste der israelischen Zivilgesellschaft, die sich gegen die Pläne aussprachen. Bisherige Abschiebungsbescheide sollen annulliert werden, keine neuen ausgestellt werden. Was mit den Menschen darüber hinaus geschieht, ist noch nicht klar.
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-04/asylpolitik-israel-abschiebung-stopp-fluechtlinge-afrika> (24.04.18)
- Weil Geflüchteten in Deutschland an verschiedenen Stellen das Leben unerträglich gemacht wird – das Thema Familiennachzug ist nur ein Beispiel – fliehen einige zurück Richtung Türkei, oft entlang selbiger Balkanroute, über die sie gekommen sind. Um an Geld zu kommen, verkaufen laut Informationen der Bundespolizei einige ihre von deutschen Behörden oder Krankenkassen verkauften Papiere.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/identitaetsbetrug-hunderte-fluechtlinge-verkaufen-ihre-papiere/21183008.html> (17.04.18)
- In Österreich will die ÖVP/FPÖ–Regierung das Asylrecht erneut verschärfen. Unter anderem ist vorgesehen, dass Ärzt*innen den Behörden melden, wie lang eine Behandlung voraussichtlich dauern und wann enden wird. Die österreichische Ärztekammer reagiert mit Ablehnung. Auch diese Information unterliege der ärztlichen Schweigepflicht und diese sei eines der höchsten Güter zwischen Ärzt*innen und Patient*innen. Weiterhin sollen Fliehende bei der Einreise bis zu 840 Euro abgenommen werden dürfen. Straftäter*innen, auch jugendliche, sollen sofort abgeschoben werden. Handydaten der Geflüchteten sollen auch ausgelesen werden dürfen. In Deutschland ist dies auch möglich, allerdings, so heißt es offiziell, nur in Einzelfällen und in einem engen gesetzlichen Rahmen.
<https://derstandard.at/2000078106871/Geplantes-Asylrecht-Aerztekammer-pocht-auf-Verschwiegenheitspflicht> (17.04.18)
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-04/asylpolitik-oesterreich-fluechtlinge-geld-asylrecht> (18.04.18)
- Und auch das französische Asylrecht wird verschärft. Die Frist für das Stellen des Asylantrags wurde von 120 auf 90 Tage verkürzt, die Frist, gegen einen negativen Bescheid Widerspruch einzulegen, wird verkürzt, die Abschiebehaft wird verlängert.
<http://www.taz.de/!5499967/> (20.04.18)

- Die Bundesrepublik nimmt im Rahmen eines Resettlement-Programms der EU 10.000 besonders schutzbedürftige Geflüchtete aus dem Nahen Osten und Nordafrika auf. PRO ASYL sieht in der Aufnahme der Geflüchteten ein moralisches Feigenblatt wenn Tausende in libysche Folterzentren zurückgeschickt werden. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache müsse aufhören.
<http://www.tagesschau.de/inland/eu-fluechtlinge-aufnahme-101.html> (19.04.18)
- Nach den Rückkehrer*innenzentren in Ghana, Tunesien, Marokko und dem Senegal plant die Bundesregierung nun auch, im Irak solche Zentren zu errichten. Eine entsprechende Vereinbarung habe Entwicklungsminister Gerd Müller bei einem Besuch der irakischen Regierung getroffen. Ein weiteres Zentrum soll in Lagos in Nigeria eröffnet werden.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/rueckkehrprogramme-deutschland-will-fluechtlinge-zurueck-in-den-irak-locken-1.3954629> (22.04.18)

Bund, Land, Kommune

- Gestern Abend wurden vom Flughafen Düsseldorf erneut Menschen nach Afghanistan abgeschoben. Details sind noch nicht bekannt. PRO ASYL nennt Abschiebungen in das Land unverantwortlich, deutsche Behörden blendeten die prekäre Sicherheitslage aus.
http://www.deutschlandfunk.de/pro-asyl-geplante-abschiebung-nach-afghanistan.1939.de.html?drn:news_id=875445 (24.04.18)
- Weiterhin plant ja auch Deutschland, hier insbesondere Innenminister Horst Seehofer an weiteren Verschärfungen des Asylrechts beziehungsweise an der Abschiebepolitik. Neben den schon länger bekannten Planungen für die zynischerweise genannten „Anker“-Zentren sollen künftig ärztliche Atteste noch weniger zählen, um eine Abschiebung auszusetzen. Auch bei fehlenden Dokumenten soll die Möglichkeit gestrichen werden, sie als Hinderungsgrund anzuerkennen.
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/asylpolitik-abschiebung-huerden-senkung-horst-seehofer> (20.04.18)
- Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina aus Halle sieht dringenden Handlungsbedarf bei der psychologischen und psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten. Dass Integration nicht gelinge, wenn Menschen das Erlebte nicht verarbeiten könnten, ist nahezu vernachlässigbar im Angesicht von Folgen wie sich zu chronischen Depressionen auswachsenden Erkrankungen, Gewalttätigkeit oder die Unfähigkeit, soziale Bindungen einzugehen. Die Wissenschaftler*innen empfehlen, bereits bei der Ankunft über Standardfragebögen eine erste Identifikation sicherzustellen, Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen und weitere für den Umgang mit Traumatisierten zu schulen sowie den Einsatz von Peer-Berater*innen, zum Beispiel durch Psychologie-Student*innen. Diese könnten keine Therapie leisten aber unterstützend und in leichteren Fällen tätig werden, ihrerseits dann begleitet von Expert*innen.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/flucht-wissenschaftler-fordern-psychologische-hilfe-fuer-traumatisierte-fluechtlinge/21207546.html> (24.04.18)
- Zwischen 2013 und 2017 soll die Leiterin der Außenstelle Bremen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fragwürdige Entscheidungen über Asylanträge getroffen haben, gegen sie wird wegen Verdachts auf Korruption ermittelt. Vorgeblich soll sie mit Asylrechtsanwält*innen zusammengearbeitet haben. Von einer vorschnellen Verurteilung vor den Gerichten ist abzusehen. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat hat in einer Pressemitteilung einige Anmerkungen zum Sachverhalt angebracht, die Entscheidungen des BAMF in Bremen unter Leitung besagter Beschuldigten stützen. Weiterhin wurde nun bekannt, dass seit Anfang 2017 das BAMF die Zusammenarbeit mit 2.100

Dolmetscher*innen beendet habe. Fachliche Mängel seien der hauptsächliche Grund gewesen.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-04/bundesamt-migration-fluechtlinge-korruptionsskandal-asylantraege> (20.04.18)

http://www.deutschlandfunk.de/medienbericht-fluechtlings-bundesamt-beendet-zusammenarbeit.1939.de.html?drn:news_id=874335 (21.04.18)

<https://www.nds-fluerat.org/28903/pressemitteilungen/anmerkungen-zum-angeblichen-bamf-bestechungsskandal/> (23.04.18)

- In Ostritz fand vergangenes Wochenende das Nazi-Festival „Schild und Schwert“ statt. Den 1.000 Faschist*innen standen 3.000 Teilnehmer*innen des Friedensfestes sowie des Festivals „Rechts rockt nicht“ gegenüber. Die Organisator*innen beider Veranstaltungen zeigten sich zufrieden. Die Polizei ging nach Berichten mehrerer Personen wie Medien nicht gegen verfassungsfeindliche Symbole vor und konnte das Alkoholverbot nicht vollständig umsetzen. Zu einer Eskalation kam es nicht.
<https://www.l-iz.de/melder/wortmelder/2018/04/Ostritz-Protest-gelungen-und-wichtig-214567> (23.04.18)
- Unter der Verantwortung der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping wird das Bildungsprogramm für volljährige Geflüchtete aufgelegt. Über ein Jahr wurde die Zuständigkeit für das Programm unter den Ministerien hin und hergeschoben. Nun sollen im ersten von drei Durchläufen 800 Menschen bei je einem Bildungsträger in den 13 Landkreisen und kreisfreien Städten zur Ausbildungsreife gebracht werden. Der SFR e.V., Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften hatten sich bereits letztes Jahr im März für ein solches Programm ausgesprochen. Auch für Geduldete soll das Programm offen sein. Da für sie während der Beschulung die Ausbildungsduldung noch nicht greift, hält es der SFR e.V. für unabdinglich, die Zeit bis zum Ausbildungsbeginn über die Ermessensduldung abzusichern. Anderenfalls könne die Abschiebung drohen.
<https://www.mdr.de/sachsen/ausbildung-fuer-fluechtlinge-ohne-schulabschluss-sachsen-100.html> (17.04.18)
<https://www.sz-online.de/sachsen/sachsen-startet-bildungsprogramm-fuer-junge-fluechtlinge-3919752.html> (18.04.18)
PM des SFR e.V. zum Thema: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2018/04/19/pm-weg-in-die-arbeit-fuer-volljaehrige-gefuechtete-endlich-ermoeglicht-schutz-vor-abschiebung-nun-noch-sichern/> (19.04.18)
- Vergangene Woche fand der Informationstag des Jobcenters im Vogtland statt. Geflüchtete konnten sich dort über potentielle Arbeitgeber*innen informieren und erfahren, welche Wege sie gehen müssen, um einen Arbeitsplatz zu erhalten. Mit dabei war die Beratungsstelle des SFR e.V. zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Bis jemand, zum Beispiel als Ärzt*in, in Deutschland arbeiten darf, obwohl er*sie die Tätigkeit bereits im Herkunftsland ausübte, können gut und gern mal eineinhalb Jahre vergehen.
<https://www.freipresse.de/LOKALES/VOGTLAND/PLAUEN/Fluechtlinge-draengen-in-die-Betriebe-artikel10186335.php> (19.04.18)

Hintergrund und Meinung

- Faschist*innen setzten neben Konzerten wie dem in Ostritz verstärkt auch wieder auf kleinere Veranstaltungen zum Zweck der Geschichtsklitterung so der *MDR*. Bei „Zeitzeug*innen-Vorträgen“ werde der Zweite Weltkrieg und der Nationalsozialismus verherrlicht. Laut Angaben des Sächsischen Verfassungsschutzes werden solche Veranstaltungen mittlerweile im mittleren dreistelligen Bereich besucht. Der Verfassungsschutz interpretiert, dass das Thema Asylpolitik nicht mehr so stark ziehe. Nazis würden auf altbewährte Strategien zurückgreifen. In die Hände spiele den Nazis dabei eine steigende Zahl von Liegenschaften. Zehn befinden sich im Eigentum von Nazis, 13 sind angemietet oder gepachtet. Die Grünen berichten von einer zweistelligen Zahl weiterer

Objekte, die als regelmäßige Treffpunkte dienen. In allen Landkreisen Sachsens sei die rechtsradikale Szene aktiv. Verstärkt müssen nach Ansicht der Grünen Gastronom*innen und Kommunen durch das Innenministerium beraten, welche Optionen sie hätten, aus Mietverträgen auszusteigen, wenn sie über Identität und/ oder Absicht der Mieter*innen getäuscht worden sind.

<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/zeitzeugen-vortraege-in-rechter-szene-sachsen-100.html> (23.04.18)

<https://www.mdr.de/sachsen/neonazi-immobilien-sachsen-gruene-anfrage-100.html> (02.01.17)

- Die Hoffnung darauf, dass die Bewegung von Emmanuel Macron „En Marche“ einen fortschrittlichen Humanismus vertreten werde, sei mit den nun beschlossenen Asylrechtsverschärfungen enttäuscht. Eine demokratische Erneuerung der Politik sei von dieser Partei auch nicht zu erwarten. Interne Kritik werde über „Einpeitscher*innen“ bekämpft und mit Ausschlussverfahren zum Schweigen gebracht.

<http://www.taz.de/!5497468/> (24.04.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 4
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rld.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe